

II-1677 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 863 /J

1984-06-28

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Brunner, Mag. Ederer, Dipl.Vw. Tieber
und Genossen

an den Bundesminister für Justiz

betreffend Kinderversuche an der Wiener Universitätsklinik

An der Wiener Universitätsklinik wurden in den Jahren 1978/79
16 gesunde Säuglinge ohne Einwilligung der Eltern für Versuche
herangezogen. Sie wurden 135 Minuten lang angebunden, durch-
leuchtet und es wurde ihnen radioaktives Kalzium verabreicht.
Ein Jahr später wurde anlässlich einer ähnlichen Versuchsanordnung
bei einem 9-jährigen Mädchen ohne Einwilligung der Eltern ein
Stück Muskulatur entnommen.

Der Gerichtsgutachter Prof. Hövel (BRD) konnte keine wissen-
schaftliche Notwendigkeit für derartige Versuche sehen. Da die
Staatsanwaltschaft dennoch keine ausreichenden Gründe für eine
Anzeige sah, stellten vier Eltern als Privatbeteiligte den Antrag
auf Voruntersuchung wegen

1. Körperverletzung (§ 83 ff StGB)
2. Quälen eines Unmündigen, Jugendlichen oder Wehrlosen (§ 92 StGB)
2. Freiheitsentziehung (§ 99 StGB)
4. Täuschung (§ 108 StGB)

Mit Beschluß der Ratskammer vom 2. Mai 1984 (27 d UR 8218/79) wurde
der Antrag der Eltern unter folgender Begründung abgewiesen:

- ad 1. Es liegt keine Körperverletzung vor.
- ad 2. Da Qualen länger fortdauernde oder sich wiederholende
Schmerzen, Leiden und Angstzustände sind, liegen solche
in den vorliegenden Fällen nicht vor.
- ad 3. "Nach der ständigen Rechtsprechung können Säuglinge, da
es auf die natürliche Fähigkeit zur willkürlichen

- 2 -

Ortsveränderung ankommt, nicht Deliktsobjekt nach § 99 StGB sein."

ad 4. " Im vorliegenden Fall wurden die Unterschriften der Eltern der Säuglinge durch Täuschung über Tatsachen nämlich, daß sie ihre Zustimmung lediglich für Impfungen gaben, erschlichen."

Nach diesem Gerichtsbeschuß kann fortan jeder Arzt an jedem Säugling ohne Einwilligung der Eltern Experimente vornehmen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e:

Wird das Bundesministerium für Justiz die Generalprokuratur ersuchen, diesen Gerichtsbeschuß zum Gegenstand einer Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes nach § 33 StPO an den Obersten Gerichtshof zu machen?